

Mit der Bitte um Verlesung durch die Ratsvorsitzende  
in der Sitzung am 13.04.2018  
zu Anfang der Behandlung des Punktes

*Ö33 "Bebauungsplan Göttingen Nr. 242 "Südlich Nonnenstieg" mit örtlicher  
Bauvorschrift über Gestaltung (ÖBV) - Bescheidung der Anregungen –  
Satzungsbeschluss"*

Wie in der letzten Bauausschusssitzung vom 08.03. von den Mitgliedern nochmals hervorgehoben wurde, zeichnete sich der Planungsprozess durch großes Engagement von Bürgern und ihrer Stadt aus. Vor allem in den Anfängen war der Umgang miteinander durch gegenseitiges Interesse und Respekt geprägt. Die Bürger wurden zu eigenen Vorschlägen als Alternativen zu dem aus dem städtebaulichen Wettbewerb hervorgegangenen Entwurf ermutigt. Im weiteren Verlauf des Diskussionsprozesses wurde allerdings immer deutlicher, dass sich die von der Stadt gesetzten Planungsprinzipien von den durch die Bürger vorgetragenen Vorstellungen deutlich unterschieden. Änderungen an der Planung, welche als Reaktion hierauf in mehreren Schritten vorgenommen wurden, empfanden die Bürger zunehmend als lediglich kosmetisch und ausschließlich an der Umsetzung der von der Stadt verfolgten Prinzipien orientiert. Diese Tendenz verstärkte sich eher nach der letzten Kommunalwahl. Die anfänglichen Bemühungen um einen ernsthaft demokratischen Diskurs entwickelten sich zunehmend in Richtung einer reinen Mitteilung von Positionen, welche in den Sitzungen des Bauausschusses vorgetragen und unmittelbar zur Abstimmung gebracht wurden. Die Argumente der Bürger fanden sich in den Abstimmungsergebnissen kaum mehr wieder.

Im Verlauf des Planungsprozesses wurde immer deutlicher, dass die

eigentliche Problematik die Bezahlbarkeit von Wohnraum ist. Unter anderem deshalb wurde eine Aktualisierung der Wohnraumbedarfsprognose in Auftrag gegeben, die allerdings auf den Bedarf von bezahlbarem Wohnraum in beiden ihren Prognosevarianten auf das Problem nicht ausdrücklich einging. Auf Hinweise von Bürgern, dass insbesondere die vom Ausschuss bevorzugte "Obere Variante" der Prognose in der Sache inkonsistent und unzutreffend seien, wurde nicht diskursiv eingegangen. Stattdessen änderte sich der Umgang der Politik mit den Bürgern auf unerfreuliche Weise, indem ihnen zunehmend die Verfolgung vornehmlich von "Partikularinteressen" unterstellt wurde. Dies löste angesichts der ausführlich öffentlich dokumentierten (siehe Homepage [www.nonnenstieg-buergerinitiative.de](http://www.nonnenstieg-buergerinitiative.de)) Argumentationsbasis der Bürger Empörung aus.

Selbst ein kürzlich an den Oberbürgermeister ergangener offener Brief, in welchem nachdrücklich ersucht wurde, auf die Einwendungen der Bürger diskursiv einzugehen, bevor der Rat eine Entscheidung mit unabsehbaren Folgen für die Entwicklung des nördlichen Ostviertels fällt, erhielt nicht einmal eine Eingangsbestätigung. Auf Nachfrage wurde lediglich mitgeteilt, dass Antworten auf offene Briefe nicht üblich seien.

Ein solcher Ausgang als Ergebnis der intensiven Bemühungen aller Beteiligten über nahezu 6 Jahre kann eigentlich auch für die Mehrheit unserer politischen Repräsentanten nur äußerst desillusionierend sein.

Für die *Nonnenstieg-Bürgerinitiative*

Elizabeth Gregorius, Sprecherin

Email [sprecherin@nonnenstieg-buergerinitiative.de](mailto:sprecherin@nonnenstieg-buergerinitiative.de)

Homepage [www.nonnenstieg-buergerinitiative.de](http://www.nonnenstieg-buergerinitiative.de)